Der Diesel-Deal mit Putin

geschrieben von Redaktion | 10. Oktober 2026

Wie Präsident Trump versucht, mit russischem Kraftstoff die Midterm-Wahlen zu retten – und warum das wie ein verzweifelter Versuch wirkt, ein Feuer mit Benzin zu löschen – Ein Gastbeitrag von Walter Flammuth

Nur drei Wochen vor den US-Zwischenwahlen am 3. November hat Präsident Donald Trump einen Paukenschlag gesetzt, der die außenpolitische Agenda seiner zweiten Amtszeit auf den Kopf stellt: In einem Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vereinbarte er die Lieferung von Millionen Tonnen russischem Dieselkraftstoff in die USA und auf den Weltmarkt. Ziel ist es, die explodierenden Dieselpreise zu dämpfen, die seit Beginn des Irankriegs um rund 70 Prozent gestiegen sind und Trumps republikanische Basis – Landwirte, Spediteure und Lkw-Fahrer – massiv belasten. Doch der Deal wirft schwerwiegende Fragen auf: Während die Mehrheit der Amerikaner den Krieg gegen Iran ablehnt und gleichzeitig die Ukraine im aufgezwungenen Krieg durch Russland unterstützt, füllt Washington nun bewusst die Kriegskassen des Kremls. Ein strategisches Dilemma, das mehr an Notoperation als an nachhaltige Politik erinnert.

DER DEAL AUF EINEN BLICK • 300.000 Tonnen Dieselkraftstoff sofort (Oktober 2026) • 500.000 Tonnen im November 2026 • 1.000.000 Tonnen unmittelbar danach • Bis zu 3.000.000 Tonnen zusätzlich, abhängig von Raffineriekapazitäten • US-Finanzministerium erteilt temporäre Lizenz bis April 2027 • Dieselpreis USA (AAA): 6,28 US-Dollar pro Gallone (+70 % seit Kriegsbeginn)

Eine politische Kehrtwende mit Vorzeichen

Die Ankündigung kam überraschend. Noch im Vormonat hatte Trump ein umfassendes Sanktionsgesetz gegen Russland unterzeichnet, das gezielt die Öl- und Gaseinnahmen des Kremls beschneiden sollte – genau jene Einnahmen, die Moskau zur Finanzierung seines Kriegs gegen die Ukraine nutzt. Nun kündigte das US-Finanzministerium an, russische Diesel-Exporte unter einer temporären Generallizenz bis April 2027 von Sanktionen auszunehmen. Die ersten Lieferungen sollen bereits im Oktober erfolgen.

Russlands Vizepremier Alexander Novak bestätigte die Zahlen: 300.000 Tonnen sofort, weitere Steigerungen in den Folgemonaten. Putin selbst erklärte, Russland sei bereit, Öl und Petroleumprodukte sowohl in die USA als auch auf den Weltmarkt zu liefern. Die Botschaft an die Wähler war unmissverständlich: Trump schrieb auf seiner Plattform Truth Social, die Senkung der Treibstoffpreise für ‚unsere großartigen Landwirte, Viehzüchter und Trucker' habe für ihn höchste Priorität.

Dieses Abkommen mit einem mordenden Diktator ist ein Makel auf dem Charakter unserer Nation und steht in direktem Widerspruch zur Absicht des Kongresses in unserem parteiübergreifenden Sanktionsgesetz. – Einschätzung aus dem Umfeld des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj

Die Wahlen als Treibstoff der Entscheidung

Die Midterm-Wahlen am 3. November 2026 drohen für die Republikaner zu einem Debakel zu werden. Staaten wie Iowa und Kansas, traditionell republikanisch geprägt und stark von Landwirtschaft und Logistik abhängig, gelten inzwischen als Schlachtfelder. Die Dieselpreise, die laut dem Automobilclub AAA bei durchschnittlich 6,28 US-Dollar pro Gallone liegen und seit Beginn des US-israelischen Kriegs gegen Iran um rund 70 Prozent gestiegen sind, treiben nicht nur die Betriebskosten von Speditionen und Bauernhöfen in die Höhe, sondern wirken als Inflationstreiber weit über die Energiemärkte hinaus.

Analysten betonen, dass der Deal in erster Linie als politisches Signal zu verstehen ist. Dan Pickering von Pickering Energy Partners bezeichnete die Vereinbarung als ‚klassischen Trump-Deal': große Zahlen, wenig Substanz, viel Medienwirkung. Selbst wenn die

Lieferungen vollständig erfolgen sollten, decken sie laut US-Energiebehörde nur etwa anderthalb Tage des amerikanischen Dieselbedarfs ab. Chris Beauchamp von IG Group nannte die Maßnahme eine ‚kurzfristige Lösung' und einen weiteren Versuch, durch einen Deal mit einem ‚unangenehmen Diktator' Eindruck zu schinden.

PREISENTWICKLUNG SEIT KRIEGSBEGINN • Durchschnittlicher Dieselpreis USA (Januar 2026): ca. 3,52 US-Dollar/Gallone • Durchschnittlicher Dieselpreis USA (Oktober 2026): 6,28 US-Dollar/Gallone • Anstieg: ca. 78 % seit Beginn des Iran-Kriegs (Februar 2026) • Nationaler Durchschnitt erreichte im September erstmalig die 6-Dollar-Marke • Auswirkungen: Höhere Transportkosten für Lebensmittel, Güter und Landwirtschaft

Der unpopuläre Krieg und das Ukraine-Paradox

Die politische Brisanz des Deals wird durch die Stimmung in der amerikanischen Bevölkerung noch verstärkt. Der Krieg gegen Iran, der als Hauptursache für die Energiepreiskrise gilt, ist in den USA zutiefst unpopulär. Laut einer Reuters/Ipsos-Umfrage vom Juli 2026 lehnen 62 Prozent der Amerikaner die militärischen Operationen ab; nur 33 Prozent unterstützen sie. Unter Unabhängigen – einer entscheidenden Wählergruppe bei Zwischenwahlen – liegt die Ablehnung bei 67 Prozent. Selbst innerhalb der Republikaner bröckelt die Unterstützung: Von 77 Prozent im März auf 69 Prozent im August.

Gleichzeitig zeigt die öffentliche Meinung eine klare Unterstützung für die Ukraine. Die Mehrheit der Amerikaner befürwortet militärische und finanzielle Hilfe für Kiew im aufgezwungenen Krieg durch Russland. Das Füllen russischer Kriegskassen durch Dieselkäufe dürfte deshalb auch bei großen Teilen der Gesellschaft auf Ablehnung stoßen – unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Der Deal stellt somit nicht nur einen Bruch mit der bisherigen Sanktionspolitik dar, sondern kollidiert auch mit den Wertvorstellungen einer breiten Wählerschaft.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reagierte entsprechend scharf: Er bezeichnete die Entscheidung als 'schwach' und warnte, dass jede Erleichterung für Moskau ohne klare Deeskalation ‚in die Hände Russlands spielt' und es dem Kreml ermöglicht, den Krieg länger fortzuführen und mit noch größerer Missachtung gegenüber den USA aufzutreten. Auch führende Demokraten im US-Kongress – darunter Senatsfraktionschef Chuck Schumer und die Senatorinnen Jeanne Shaheen und Elizabeth Warren – verurteilten den Deal als Verrat an der Ukraine, an europäischen Verbündeten und an der nationalen Sicherheit der USA.

Ein strategisches Eigentor

Energieexperten und Außenpolitik-Analysten sehen in dem Deal weniger eine Lösung als einen symbolischen Akt der Verzweiflung. Edward Fishman vom Council on Foreign Relations zweifelt daran, dass Russland überhaupt in der Lage ist, die angekündigten Mengen zu liefern. Die russische Raffineriekapazität ist durch wiederholte ukrainische Angriffe massiv beeinträchtigt; die IEA schätzt, dass die Dieselproduktion um rund 30 Prozent zurückgegangen ist. Russland hat seine eigenen Diesel-Exporte seit Juli weitgehend eingestellt, um den inländischen Bedarf zu decken.

Selbst wenn die Lieferungen erfolgen sollten, würde dies den globalen Markt kaum entlasten. Der tägliche weltweite Dieselbedarf liegt bei etwa 30 Millionen Barrel; die angekündigten russischen Mengen entsprechen nur einem Bruchteil davon. Zudem würde jede russische Lieferung an die USA oder den Weltmarkt lediglich bedeuten, dass andere Kunden – möglicherweise europäische Verbündete – auf alternative Quellen ausweichen müssten, ohne dass sich der Gesamtpreis wesentlich ändert. Michael Lynch von der Energy Policy Research Foundation brachte es auf den Punkt: ‚Wenn wir Diesel aus Russland bekommen, bedeutet das nur, dass ihre bisherigen Kunden woanders hingehen müssen. Der Preis bleibt im Wesentlichen dort, wo er jetzt ist.‘

Noch gravierender ist die politische Botschaft: Die USA untergraben mit der temporären Lizenz ihre eigene Sanktionsarchitektur. Wie der ehemalige Sanktionskoordinator Richard Nephew anmerkte, sendet der Schritt das Signal, dass Sanktionen jederzeit für kurzfristige politische Zwecke ausgesetzt werden können. Das schwächt nicht nur die Glaubwürdigkeit Washingtons gegenüber Verbündeten, sondern gibt auch anderen Staaten einen Vorwand, ihre eigenen Handelsbeziehungen mit Russland zu rechtfertigen.

So versuchen, die Wahlen für die Republikaner zu retten, erscheint ein wenig wie der verzweifelte Versuch, ein Feuer mit Benzin zu löschen. – Redaktionsfazit

Fazit: Kurzfristige Taktik, langfristiger Schaden

Der Dieseldeal mit Putin ist kein strategischer Durchbruch, sondern ein politisches Notfallmanöver. Er zeigt, wie sehr die explodierenden Energiepreise – angetrieben durch einen unpopulären Krieg im Nahen Osten – die politische Agenda der US-Regierung dominieren. Gleichzeitig offenbart er das Dilemma einer Administration, die einerseits die Ukraine gegen russische Aggression unterstützen will, andererseits aber bereit ist, genau jene Einnahmequellen des Aggressors zu öffnen, um eine Wahl zu gewinnen.

Ob der Deal die gewünschten Effekte auf die Wähler entfaltet, bleibt fraglich. Die Mengen sind zu gering, um die Preise nachhaltig zu senken. Die politische Botschaft hingegen ist unmissverständlich: Für den kurzfristigen Wahlerfolg ist die Regierung bereit, langfristige Prinzipien zu opfern. In einer Zeit, in der die Mehrheit der Amerikaner sowohl den Irankrieg ablehnt als auch die Ukraine unterstützt, wirkt dieser Kurs nicht wie Führung, sondern wie der

verzweifelte Versuch, ein Feuer mit Benzin zu löschen.*Quellen und Hintergrund: MPR News (10.10.2026), Al Jazeera (10.10.2026), CNN (09.10.2026), The New York Times (09.10.2026), Los Angeles Times (09.10.2026), Chosun (10.10.2026), Reuters/Ipsos-Umfragen (Juli/August 2026), AAA, US-Energiebehörde EIA.*